

Religiös-politische Aspekte des Konflikts zwischen Hamas und Fatah

Aref S. Hajjaj

Notwendiges innerpalästinensisches Krisenmanagement für den Fortgang der Verhandlungen mit Israel

Nach Einschätzung informierter Kreise in Ramallah, die der Palestine Liberation Organization (PLO) nahe stehen, gibt es mittlerweile wieder vorsichtige Kontakte zwischen den beiden Konfliktparteien Hamas und Fatah. Allerdings bleiben Meinungsverschiedenheiten in den wesentlichen Fragen weiterhin bestehen, so im Hinblick auf das Verhältnis der palästinensischen Repräsentanten zu Israel und den USA und im Hinblick auf den im Friedensprozess einzuschlagenden Kurs.

Die Hamas lehnte das Treffen von Annapolis kategorisch ab. Allerdings bekam sie von der US-Administration auch keine Einladung zur Teilnahme, obwohl die syrische Regierung eingeladen wurde und ihre Repräsentanten tatsächlich an der Konferenz teilnahmen. Es war taktisch unklug von den USA, aus Rücksicht auf ideologische Prinzipien, vor allem aber aus Rücksicht auf Israel die Hamas nicht zur Friedenskonferenz einzuladen. Hätte es eine solche Einladung gegeben, hätte dies zumindest zu einer internen Diskussion innerhalb der verschiedenen Hamas-Fraktionen über die weitere Vorgehensweise im Friedensprozess geführt, die mit geringer Wahrscheinlichkeit eine Teilnahme nach sich gezogen hätte.

Überhaupt bestand ein großes Defizit der Konferenz von Annapolis darin, dass beide Konfliktparteien sich zuvor nicht einigen konnten, bzw. dass Israel und die USA eine solche Einigung, wäre sie rechtzeitig zustande gekommen, torpediert hätten. Innerhalb der Fatah und der Hamas gibt es zunehmend lauter werdende Stimmen, die die Einigung als notwendigen Schritt ansehen, um die territoriale Spaltung überwinden und

Erfolg versprechende Friedensverhandlungen mit der weiterhin zögerlich und lavierend agierenden israelischen Regierung von Ehud Olmert führen zu können.

Israel, die palästinensischen Akteure und der Friedensprozess

Kann man von den Palästinensern im Kontext des Konfliktes mit Israel über die Oslo-Verträge und die nachfolgenden Abkommen hinaus – und nachdem ihre Führung in der Gestalt der PLO sich bereits mit weniger als 22% des historischen Palästinas abgefunden hat – noch weitere Zugeständnisse erwarten? Die Antwort muss vor allem einmal „nein“ lauten. Allerdings: Natürlich muss die vom palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas abgesetzte Hamas-Regierung im Gaza-Streifen den bisherigen Verhandlungsprozess respektieren und Israel anerkennen.

Das Argument der Hamas, wonach Israel die mit der Autonomiebehörde unterzeichneten Abkommen nach Gutdünken auslege und meist nicht einhalte, ist zwar nicht von der Hand zu weisen. Dennoch muss die Hamas-Bewegung, gerade weil sie seit Anfang 2006 die Regierungsgeschäfte übernommen hat, das demokratische Prinzip der institutionellen Kontinuität einhalten. Die ursprüngliche Weigerung der Hamas, das Primat der Kontinuität und infolgedessen die staatliche Existenz Israels zu akzeptieren, führte unter Federführung vor allem der Vereinigten Staaten und Israels – wobei die EU wie gewöhnlich hin und her lavierte – zu einer verhängnisvollen Isolierung der palästinensischen Gebiete mit allen dazugehörigen dramatischen Folgen für das Alltagsleben der Bevölkerung. Auch der eskalierende Machtkampf zwischen Hamas und Fatah ist zum Teil auf diese Verweigerungspolitik der Hamas und der daraus resultierten Sanktionen zurückzuführen.

Sind die beiden unmittelbaren Kontrahenten, d.h. die Palästinenser und Israel, an einer dauerhaften, gerechten und umfassenden Konfliktlösung wirklich interessiert? Wie unterschiedlich ist ihre Wahrnehmung der Lösungsoptionen? Was müssten die beiden Parteien als Gegenleistung

für eine umfassende Regelung an Konzessionen substanzieller und atmosphärischer Art leisten?

Im Westen herrscht die Überzeugung vor, dass Bewegungen des politischen Islam a priori fortschrittsfeindlich, gewaltbereit bzw. terroranfällig seien. In den intellektuellen Kreisen der arabisch-islamischen Welt sieht man dies deutlich differenzierter. So verwirft der aus Ägypten stammende Ökonom und Entwicklungsforscher Samir Amin die automatische Gleichstellung dieser Bewegungen mit Gewalt und Rückständigkeit, wenngleich er deren Entstehung durchaus als Ausdruck der Frustration über die negativen Auswirkungen der „westlich-kapitalistischen Moderne“ sieht. Kern seiner These ist die Feststellung, dass für die überwiegende Zahl dieser Bewegungen nicht die Theologie, sondern der soziale Einsatz im Vordergrund steht. Im Westen werde die Bedeutung von Al-Qaida überbetont und das soziale Wirken der meisten islamisch orientierten Parteien vor Ort marginalisiert. Bewegungen wie die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ in Marokko, die „Partei der nationalen Reform“ in Algerien, die „Partei der Wiedergeburt in Tunesien“ und die „Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung in der Türkei“ stacheln tatsächlich nicht zum „Kampf der Kulturen“ an, sondern engagieren sich sozial-karitativ und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gewiss mag der Islam aus Sicht säkular denkender Menschen nicht gerade als geeignete Konzeption zur Lösung aktueller Probleme im wirtschaftlichen sowie im außen- und sicherheitspolitischen Bereich erscheinen. Tatsache ist indessen, dass es gegenwärtig in überwiegenden Teilen der islamischen Welt keine realistische Alternative zum politischen Islam gibt. Es lässt sich auch allgemein feststellen, dass die Islamisten bzw. die islamisch orientierten Bewegungen heute fast durchwegs die Wahlen in arabisch-islamischen Staaten gewinnen würden, falls diese tatsächlich demokratisch und fair gewählt durchgeführt würden. Bereits im Jahr 1991 gewann die „Islamische Heilsfront“ die demokratischen Wahlen in Algerien. Es besteht dennoch Hoffnung, dass sich diese Bewegungen im Rahmen eines Reifungsprozesses zu moderaten und pragmatischen Parteien weiterentwickeln.

Völlig kontraproduktiv und für die gesamte Region folgeschwer ist in diesem Kontext das Instrument des Boykotts und der Ächtung, das heute z.B. gegen die Hamas eingesetzt wird. Denn dies stärkt vor allem die ideologisierten und gewaltbereiten Hardliner innerhalb der islamischen Bewegungen und behindert so ihre Reformierbarkeit von innen. Darüber hinaus lähmt ein derartiges Vorgehen alle Kräfte, die außerhalb dieses islamischen Spektrums agieren, da ihre ablehnende Haltung gegenüber den Islamisten leicht als „prowestlich“ verunglimpft werden kann.

Überraschend waren die Ergebnisse der Parlamentswahl vom Januar 2006 auch und gerade für die Wahlgewinnerin Hamas. Trotz der Aufstellung durchaus fähiger und landesweit angesehener Kabinettsmitglieder schien und scheint sie nach wie vor weder inhaltlich noch von ihrer politischen Diktion her ausreichend professionelle Konzepte zu besitzen. Die Hamas-Regierung richtete anfänglich, d.h. unmittelbar nach Bildung der ersten Regierung ohne Beteiligung anderer politischer Kräfte ihr Augenmerk vorrangig auf die Innenpolitik, also vor allem auf die Lösung der dramatisch wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Verelendung der Bevölkerung insbesondere im Gazastreifen. Dort leben zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Im Westjordanland ist die wirtschaftliche Lage zwar alles andere als rosig, sie ist jedoch im Vergleich zum Gaza-Streifen weniger katastrophal.

Zu einer Anerkennung des Staates Israel, einer realistischen Interpretation des Rückkehrrechts und der Akzeptanz der Zweistaatenoption ist die Hamas – bzw. der in ihr vorherrschende Flügel – in Gaza und Damaskus immer noch nicht bereit. Allerdings führt kein Weg daran vorbei. Das wissen auch die Strategen in der Hamas. Diese Tatsache zuzugeben, wäre für sie jedoch ein Tabubruch.

Allzu gern hätte die Hamas in der nachfolgenden, bald jedoch gescheiterten „großen“ Koalition mit der Fatah vor allem das Sozial- und Finanzressort übernommen und der durch viele Korruptionsfälle erschütterten Fatah-Bewegung die „gröberen“ Teile der Kabinettspolitik überlassen, so vor allem die direkte Kommunikation mit Israel und den Verhandlungsprozess. Doch auch ohne herausragende außenpolitische Funktion wollte die Hamas von ihren politischen und ideologischen „Es-

entials“ gar nicht abrücken. Es ist der Führung der Hamas allerdings nicht verborgen geblieben, dass ohne die finanzielle Unterstützung – vor allem durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten – nicht einmal die Gehälter der Staatsbediensteten bezahlbar wären.

Einer möglichen Wende der Hamas-Bewegung zu einer pragmatischen und realistischen Entwicklung steht jedoch weiterhin Israels Politik der „eisernen Faust“ entgegen. Dies bewiesen die Ereignisse im Sommer 2006. Auf die Tötung zweier israelischer Soldaten und die Verschleppung eines weiteren Soldaten durch palästinensische Extremisten folgten der Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen, die Zerstörung mehrerer Brücken und eines Elektrizitätswerks sowie die Tötung und Verhaftung vieler palästinensischer Zivilisten im Gazastreifen und im Westjordanland, unter ihnen Minister und Abgeordnete. Gezielt wurden mehrere Regierungsgebäude völlig zerstört, unter anderen der Amtssitz des Premierministers. In ihrer Ablehnungshaltung bestätigt fühlte sich die Hamas außerdem durch den Beschluss der Olmert-Regierung, schon unmittelbar nach der Konferenz von Annapolis neue Siedlungen in Ostjerusalem zu bauen, obwohl der israelische Premier bekundet hatte, die Position des Präsidenten Abbas stärken zu wollen.

Zwei Aspekte der israelischen Politik geben in diesem Zusammenhang Anlass zu großer Sorge: Erstens gab es bei den Ereignissen im Sommer 2006 gar keine stichhaltigen Anhaltspunkte für eine Verwicklung der Hamas-Regierung in die erwähnte Tötungs- und Verschleppungsaktion. Zweitens hatte die Hamas-Bewegung inzwischen der Forderung von Präsident Abbas und dem so genannten „Dokument der Gefangenen“ zugestimmt. Dieses von in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinensern erarbeitete Dokument bekennt sich zur Zweistaatenlösung; mit der Annahme des Dokuments hatte die Hamas also immerhin die staatliche Existenz Israels de facto anerkannt. Recherchen der Sicherheitsdienste und der internationalen Medien belegten, dass der israelische Angriff von langer Hand geplant war und man lediglich auf den „geeigneten“ Moment gewartet hatte. Mit anderen Worten: Die israelische Führung zeigte sich völlig desinteressiert gegenüber einem wenn auch noch subtilen Wandel in der Wahrnehmung des palästinensisch-

israelischen Konflikts durch die Hamas. Heute ist die Bereitschaft der Hamas, Israel anzuerkennen, wieder deutlich geringer geworden.

Israel löste nicht nur eine humanitäre Katastrophe innerhalb der palästinensischen Gebiete aus. Die israelische Regierung verlangsamte darüber hinaus deutlich den politischen Reifungsprozess innerhalb der islamistischen Bewegung, schwächte bzw. marginalisierte deren moderate Elemente und machte die ohnehin spärlich vorhandenen Friedenschancen zunichte. Auch die von westlichen Staaten verhängten Sanktionen gegen die neue palästinensische Regierung sind mehr als kontraproduktiv. Nicht zuletzt, weil diese die Reformkräfte innerhalb der Hamas-Bewegung und damit den moderaten Flügel um Premier Ismail Hanija schwächen. Die Fortsetzung einer solchen Politik könnte in der Folge eine Stärkung des ideologischen Flügels um den früheren Außenminister Al-Zahhar bewirken. Immerhin hielt sich die gesamte Hamas lange an den seinerzeit mit Israel vereinbarten Waffenstillstand.

Man könnte aus Israels eiserner Haltung nicht nur gegenüber dem Machtbereich der Hamas im Gaza-Streifen, sondern auch gegenüber dem von Abbas' Fatah kontrollierten Gebiet folgern, dass auf israelischer Seite der Wille zu einem „wirklichen“ Frieden mit den Palästinensern fehlt. Hinzu kommt, dass der eher zögerlich agierende und durch das Libanon-Debakel im Sommer 2006 deutlich geschwächte israelische Ministerpräsident Olmert häufig der Versuchung erliegt, mit weit über das Ziel hinaus schießenden Aktionen seine stark angeschlagene politische Stellung zu verbessern und neue Wähler aus dem rechten Lager für seine Partei zu rekrutieren. Selbst sein Mentor und Vorgänger Ariel Sharon musste in seinen letzten Amtsmonaten einsehen, dass die Politik der „eisernen Faust“ und der reinen Machtdemonstration nicht nur den Palästinensern, sondern auch den Israelis beträchtlichen Schaden zugefügt hat. Und sei es nur insofern, als diese Politik der israelischen Bevölkerung keinesfalls den ersehnten Frieden näher bringen konnte.

Auf palästinensischer Seite ist ein konstruktives Krisenmanagement heute dringend gefragt. Beide rivalisierenden Bewegungen, Hamas und Fatah, müssen ihren Machtkampf beenden und in ernste und professionelle Koalitionsverhandlungen eintreten. Verfassungsrechtlich wäre ange-

sichts der absoluten Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Bildung einer Koalitionsregierung überflüssig und unüblich. Doch dies gilt für gefestigte Demokratien mit gut funktionierenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Palästina jedoch ist von solchen Bedingungen weit entfernt. In einem nächsten Schritt müsste sich die palästinensische Regierung zur institutionellen Kontinuität bekennen und Israels staatliche Existenz ausdrücklich und nicht nur in subtiler Form anerkennen. Angesichts der desolaten Gesamtlage in Palästina wären Neuwahlen durchaus empfehlenswert. Ein sehr wahrscheinliches Ergebnis wäre eine neue Sitzverteilung im Parlament, die Fatah und Hamas zu einer pragmatischen Koalition zwingen würde.

Doch was tun, wenn die Neuwahlen das bisherige Ergebnis nur geringfügig verändern sollten? Noch einmal wählen lassen? Auch unter diesen Umständen wäre die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht doch die realistischste und vermutlich die vom Volk am ehesten favorisierte Option zur Lösung der Verfassungs- und Staatskrise und zur Vorbeugung eines noch blutigeren Bürgerkrieges in Palästina. Die Hauptakteure in Palästina, Hamas und Fatah, wissen allzu gut, dass eine Überwindung der verfahrenen Lage nur im Konsens zu erreichen wäre. Doch viele maßgebliche Funktionsträger in beiden Bewegungen verfolgen nach wie vor Partikularinteressen. Dies macht die Tragödie des ohnehin von Israel eklatant gebeutelten palästinensischen Volkes noch schlimmer.

Gleichzeitig müsste Israel seinerseits nicht nur die bloße Existenz eines palästinensischen Volkes anerkennen und der Gründung eines Staates Palästina zustimmen. Der jüdische Staat müsste sich darüber hinaus von seiner Politik kollektiver Bestrafung verabschieden, die zuletzt vom neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen klar verurteilt wurde. Israel sollte die Aufnahme normaler Beziehungen mit Palästina in allen Bereichen als eine Chance ansehen, endlich im Nahen Osten anzukommen, anstatt an seinem künstlichen elitär-insularen Status festzuhalten. Nur so könnte der zwar stark lädierte, jedoch nicht völlig irreparable Friedensprozess wieder aufgenommen werden.

Angesichts der bestehenden dramatischen Asymmetrie im Kräfteverhältnis zwischen dem israelischen Goliath und dem palästinensischen David bedarf es allerdings nach wie vor der aktiven Mitwirkung eines ehrlichen Vermittlers. Zentrale Bedeutung hätten in diesem Kontext zuerst die Vereinigten Staaten und dann die Europäische Union. Allerdings war in der Amtsperiode von Präsident George W. Bush ein unparteiisches und faires Engagement der US-Amerikaner leider nicht oder zumindest kaum zu erwarten. Genau in diesem Punkt liegt die gegenwärtige Aussichtslosigkeit der Lage in und um Palästina.

Politische und religiöse Wurzeln von Fatah und Hamas – Der innerpalästinensische Machtkampf

Die Entstehung der Hamas fällt mit der ersten Intifada 1987 zusammen. Ideologisch ist diese Bewegung Teil der Muslimbruderschaft, die schon immer die wichtigste islamistische Bewegung in Gaza und mit Einschränkungen auch im Westjordanland war. Die Hamas hatte sich in der Gründungszeit aus gewaltsamen Aktionen gegen Israel weitestgehend herausgehalten. Der politisch-karitative Arm der Hamas wurde in dieser Zeit von der israelischen Besatzungsmacht anerkannt. Einige Forscher konstatieren, dass Israel die Hamas (bzw. ihre Vorgängerorganisation) gewähren ließ, nicht nur, weil sie nicht als Gefahr eingeschätzt wurde, sondern auch, um sie der weltlichen Fatah-Bewegung von Jassir Arafat entgegenzusetzen. Die Aktivität der Hamas war von Beginn an durch Angriffe auf die Korruption des Fatah-Establishments und durch das Betreiben von Gemeinschaftsprojekten im humanitär-gesundheitlichen Bereich gekennzeichnet.

Die Situation änderte sich mit dem Ausbruch der Intifada 1987. Der geistige Führer Scheich Yassin und seine Gefährten sorgten mit politischen und Guerilla-Aktivitäten für einen zunehmenden politischen Einfluss dieser Bewegung in den palästinensischen Gebieten. In gewisser Hinsicht gilt der Ausbruch der zweiten Intifada als die eigentliche Geburtsstunde der Hamas.

Bereits im Dezember 1987 veröffentlichte die Moslem-Bruderschaft eine Erklärung, in der die palästinensische Bevölkerung zum „Widerstand gegen die israelische Besatzung“ aufgerufen wurde. Im Januar 1988 erschien erstmals ein Flugblatt, das den Namen der Organisation als „ Hamas“ verkündete. Die Hamas organisierte Aktionen wie „Bestrafungen von Kollaborateuren“. Später ging sie zum „militärischen“ Angriff gegen die israelische Besatzungsmacht über. Die Angriffe und Selbstmordattentate richteten sich gegen Militär und Zivilisten, wobei die Hamas – wie viele andere palästinensische Gruppen auch – argumentierte, die israelische Gesellschaft insgesamt sei eine militärische Institution. Im Westjordanland war die Hamas ursprünglich weniger verwurzelt als im Gaza-Streifen. Heute jedoch beurteilen Beobachter die Hamas im Westjordanland als mindestens so populär wie die Fatah.

In religiösen Fragen sind die Unterschiede zwischen Fatah und Hamas fast unüberbrückbar. Die Fatah nimmt hier eine tolerante, pluralistische Haltung ein, bei der keine „qualitativen“ Unterschiede zwischen den drei monotheistischen Religionen gemacht werden. Die Fatah bekennt sich aber ebenfalls zum Islam und hat einen durchaus stark islamisch orientierten Flügel. Mehrheitlich tritt sie jedoch dafür ein, die religiöse Orientierung als eine rein private Angelegenheit zu beurteilen und nicht in den Vordergrund öffentlichen Wirkens zu stellen. Die Hamas hingegen fordert eine „islamische“ Bekleidung von Frauen in muslimischen Ländern und unterstützt vehement den Bau von Moscheen. Sie finanziert soziale Einrichtungen und ersetzt so teilweise die fehlende Kapazität im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich in Gaza. Dabei konzentrieren sich diese Aktivitäten auf die ärmere Bevölkerungsschicht. So erklärt sich der starke Rückhalt, den die Hamas in der palästinensischen Bevölkerung genießt.

Außerdem akzeptiert die Hamas andere Religionen in der Region nur unter der Dominanz des Islam. Unter dem Islam könnten sowohl Christen als auch Juden sicher und unter dem Schutz ihrer Lebensart, ihres Eigentums und ihrer Rechte leben. Nur unter der Dominanz des Islam würden Recht und Ordnung herrschen. Trotzdem forderten 2007 Vertreter der römisch-katholischen Kirche den Dialog mit der Hamas und lobten sie dafür, dass sie dank ihres disziplinierten Einsatzes Chaos und

Kriminalität Herr geworden sei. Die Hamas lehnt, wie bereits dargestellt, Israel als Staat ab, verhält sich gegenüber den Juden in differenzierter aber zugleich konfuser Form. Sie erteilt israelischen Juden „europäischer“ Abstammung eine Absage, während sie „orientalische“ Juden nicht kategorisch ablehnt.

Die Hamas lässt sich, anders als dies das stereotype Feindbild in der Wahrnehmung vor allem der USA erkennen lässt, nicht auf eine gewaltbereite oder gar „terroristische“ Organisation reduzieren. Seit dem am 8. Februar 2005 vereinbarten Waffenstillstand hat die Hamas keine Attentate mehr selbst verübt, allerdings die Anschläge anderer Gruppen politisch und moralisch gerechtfertigt. Erst nach einem fehlgeleiteten israelischen Angriff auf ein Wohnviertel im Gazastreifen mit 24 Toten erklärte die Hamas die Waffenruhe mit Israel am 8. November 2006 für beendet und kündigte an, wieder Anschläge in Israel durchzuführen.

Wichtigste Quelle für die Positionen der Hamas ist ihre am 18. August 1988 veröffentlichte Charta. Inhaltlich ist die Charta mit den bekannten sozialkonservativen Positionen der Muslimbruderschaft identisch, allerdings räumt sie der Palästina-Frage und dem Dihad in der gegenwärtigen Phase eine größere Bedeutung ein als der Frage gesellschaftlicher Reformen. Ein Wahlplakat der Hamas in Ramallah aus dem Jahr 2006 dokumentiert ihren Anspruch auf das zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer gelegene Territorium als Hauptziel der eigenen Ideologie, d.h. auf Palästina in den Grenzen vor Ausbruch des Krieges von 1947.

Für die Hamas ist und bleibt Palästina ein „islamisches Gebiet“, das niemals Nicht-Muslimen überlassen werden dürfe, weil es gemäß eines religiösen Vermächtnisses den Muslimen anvertraut wurde. Deshalb wäre es die Pflicht aller Muslime, für die Wiederbefreiung Palästinas zu kämpfen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der ehemalige palästinensische Außenminister Mahmoud Al-Zahhar. Hier manifestiert sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Hamas und der Fatah, die sich mit der sogenannten kleinpalästinensischen Option (Westjordanland und Gaza-Streifen) seit Ende der 1980er Jahre abgefunden hat.

Die Hamas sieht sich, folgt man Aussagen Al-Zahhars, als Teil einer globalen islamischen Bewegung, deren Ziel die Schaffung eines gesamt-islamischen Staates ist: „In der Region hatten wir römischer Besatzung, persischer Besatzung, der Besatzung der Kreuzfahrer und der britischen Besatzung zu trotzen. Sie sind alle fort. Der israelische Feind gehört nicht in diesen Raum. Er passt nicht in die regionale Geschichte, Geografie oder zum Glauben.“

Internationale Konferenzen werden in der Charta der Hamas als „Zeitverschwendung“ und „vergebliche Bemühungen“ bezeichnet, zumal diese von fremden, nicht moslemischen Mächten initiiert und geleitet werden. Diese Ablehnung schließt alle internationalen Nahostbemühungen von Madrid über Oslo bis hin zu Camp-David und Annapolis ein. Deswegen kommt für die Befreiung Palästinas nur der bewaffnete, religiös begründete Kampf (Djihad) in Frage. Nach Auffassung der Hamas sei „die Vernachlässigung irgendeines Teils von Palästina“ gleichbedeutend mit der Vernachlässigung des islamischen Glaubens selbst.

Die Hamas akzeptierte vor den Wahlen von 2006 zwar noch die „faktische“ Führungsrolle der Personalunion von PLO und Fatah. Gleichzeitig kritisierte sie die weltliche Agenda der Fatah sowie ihre Zustimmung zu den UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338. Die Kompromissbereitschaft bzw. die „flexible“ Haltung der Fatah gegenüber Israel ist für die Hamas Anlass tief greifender politischer und ideologischer Kritik. Deswegen lehnt sie auch die Übereinkunft von Oslo als „Verrat am Willen Gottes“ ab und konstatiert, dass die Führer der Fatah, allen voran Arafat, aber ebenfalls Abbas, für ihre Anerkennung Israels so gut wie nichts erhalten hätten.

Im politischen Diskurs sind die Unterschiede zwischen beiden innerpalästinensischen Kontrahenten also schwerwiegend. Während die Fatah schon vor dem Abschluss der Verträge von Oslo für die Öffnung zum Westen eintrat und in den USA keinen wirklich „ideologischen“ Feind sah, werden Washington im Besonderen und der „christliche Westen“ im Allgemeinen von der Hamas aus historischen und ideologischen Gründen massiv angefeindet.

Aus dieser ideologischen Wahrnehmung heraus werden die USA als „korrumpierender kultureller Einfluss“ definiert, der die Sache des Islam behindere. Zudem gelten die USA wegen der bedingungslosen Unterstützung Israels als Gegner, wobei eine breite Mehrheit der Menschen in Palästina und darüber hinaus in der gesamten arabischen Welt diese Sicht teilt. Hamas-Funktionäre erklärten mehrfach, die USA würden von Juden kontrolliert. Diese seien zum Teil scheinbar zum Christentum konvertiert und würden in der Rolle konservativer christlicher Politiker die Politik der USA im Sinne Israels beeinflussen. Die Attentate des 11. September 2001 wurden von der Hamas rhetorisch begrüßt, da man (irrtümlicherweise) erwartete, dass die Attentate die USA zu einer Reduzierung der Unterstützung Israels bewegen würden. Gleichzeitig fehlt bei der Hamas jedwede Form der Solidarisierung mit Al-Qaida. Die Hamas weigert sich außerdem, mit diesem terroristischen Netzwerk identifiziert zu werden.

Rein logistisch ist die Hamas als lose Organisation strukturiert, deren Mitglieder sowohl im Geheimen als auch öffentlich in Gotteshäusern und sozialen Hilfseinrichtungen arbeiten, um Mitglieder zu werben, Gelder zu sammeln und Aktivitäten zu organisieren. Diese Beliebtheit ist auch in ihren sozialen Dienstleistungen begründet. Selbst langjährige Fatah-Parteigänger und -Aktivisten hoffen, dass durch die Hamas ein Ende der Korruption in der alten Arafat-Partei und eine Erneuerung der politischen Landschaft Palästinas möglich wird.

Ein wesentliches Problem der Hamas-Agenda stellt ihre weltfremde Wahrnehmung wirtschafts- und finanzpolitischer Zwänge dar. Sie sieht zwar, dass in ihrem „Hoheitsgebiet“, dem Gaza-Streifen, die Lage in dieser Hinsicht desaströs ist, denn die dortige Hamas-Regierung kann kaum die Gehälter der Staatsbediensteten zahlen bzw. andere für das öffentliche Leben lebensnotwendige Ausgaben tätigen. Trotzdem hält die Hamas an ihrem harten aber im Grunde hilflosen Ablehnungskurs gegenüber dem Westen fest, der wiederum ihr gegenüber nicht gerade ein signifikantes Maß an Flexibilität an den Tag legt, und sei es nur aus humanitären Erwägungen. Der Hamas ist sicherlich nicht verborgen geblieben, dass ohne die finanzielle Unterstützung gerade der EU und der USA die soziale Not der Bevölkerung nicht gelindert werden kann. An-

dererseits hätten die USA und Israel, aber auch die EU angesichts des überwältigenden Wahlsieges der Hamas Anfang 2006 und in Anerkennung und Würdigung des demokratischen Prozesses in Palästina das Wahlergebnis anerkennen und mit der Hamas einen unverkrampften Modus vivendi für Verhandlungen und künftige Zusammenarbeit finden müssen.

„Zersplitterung“ der Parteienlandschaft als Faktor der Stabilisierung und Demokratisierung

Sieht man von den rein israelspezifischen Aspekten der politischen Lage in Palästina ab, würde eine Zersplitterung der bestehenden politischen Gruppierungen in moderne politische Parteien den Prozess der inneren Stabilität vorantreiben. Paradoxe Weise erfüllen zurzeit nur kleinere und so gut wie chancenlose Splitterparteien wie der „Dritte Weg“ von Hanan Ashrawi und die „Mubadara“ („Initiative“) von Mustafa Barghouti am ehesten die Kriterien einer modernen politischen Partei. Beide Parteien sprechen eine bestimmte gesellschaftliche Klientel durch ein konkret formuliertes Programm an. Hanan Ashrawi etwa definiert ihre Ziele so: „Sicherheit, Bildung, Kampf gegen die Armut, Arbeitsplätze, Friedensverhandlungen und einen eigenen Staat ... Natürlich geht es um einen Staat Palästina, aber es geht ebenso um die Verbesserung des Alltags.“

Der Arzt und Bürgerrechtler Mustafa Barghouti gilt als einflussreicher und unbestechlicher Oppositionspolitiker, der eine karitativ tätige NGO leitet. Er ist ein gemäßigter Nationalist und kompromissloser Verfechter der Gewaltenteilung. Protagonisten der „Mubadara“ waren der inzwischen verstorbene US-palästinensische Professor Edward Said und der Arzt und Reformier Haider Abdul Shafi. Zu den kleineren Gruppierungen zählen auch die inzwischen marginalisierte sozialistisch orientierte „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ und der fundamentalistische „Djihad Islami“. Die beiden großen Bewegungen Fatah und Hamas bieten dagegen ein Sammelsurium von Programmgeden, Gestaltungsvorstellungen und Absichtserklärungen zu allen denkbaren Feldern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Neben dem Befreiungsgedanken, der letztlich von allen gesellschaftspolitischen Gruppierungen geteilt wird, schöpft die Fatah ihre Ideologie aus drei Hauptströmungen: Patriotismus, Panarabismus und ein moderates Islamverständnis, das, zumindest theoretisch, als Leitfaden für moralisches Handeln dient. In wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht konkurrieren innerhalb der Fatah-Bewegung Anhänger der Markt- und der Planwirtschaft miteinander. Es wäre daher folgerichtig und glaubwürdig, wenn aus dem Fatah-Block mehrere Parteien hervorgingen: so etwa eine gemäßigt islamische Partei mit dem Bekenntnis sowohl zur Einheit der arabischen Nation als auch zu einer vom Staat gelenkten Wirtschaftsordnung, eine Partei national-liberaler Orientierung im politischen und wirtschaftlichen Kontext und schließlich eine Partei, die z. B. unter der Führung des in Israel zu einer fünfmaligen lebenslangen Haftstrafe verurteilten Marwan Barghouti die künftige regionale Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Sicherheit unter Einbeziehung Israels thematisieren könnte.

Die Hamas ihrerseits weist in ihren Strukturen zwei verschiedene Hauptmerkmale auf. Daher wäre es opportun, wenn aus ihren Reihen zwei politische Parteien hervorgingen. Das wäre zum einen eine Partei, die sich entsprechend ihrem eigentlichen großen Vorbild, der Muslimbrüderschaft in Ägypten und Syrien, zum puristischen Islamverständnis bekennt. Authentisch und ehrlich wäre daher für diese Strömung die Bezeichnung „Muslimbrüder-Partei“ („Ikhwan“). Die andere Partei würde sich genauso auf den Islam stützen wollen, wenngleich sie sich einer pragmatischeren Diktion bedienen würde. Allerdings würde diese Partei ihr Hauptaugenmerk auf die Durchsetzung sozialer und gesellschaftlicher Gerechtigkeit für die breiten Massen der Bevölkerung richten. Als Vorbild könnte die in der Türkei regierende, moderat islamische Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung von Premierminister Tayyip Erdogan dienen. Die Partei agierte im Rahmen eines für sie äußerst schmerzvollen Prozesses auf den Weg nach Europa und in Richtung gesellschaftlicher und rechtlicher Reformen bisher fortschrittlicher und konsequenter als die meisten säkularen Parteien des Landes. Diese aus der Hamas hervorgegangene „Fortschrittspartei“ wäre für eine Reihe anderer politischer Parteien koalitionsfähig.

Schlüsselrolle Israels

Allerdings hängt in diesem Kontext vieles von der Entwicklung des palästinensisch-israelischen Konflikts und von der israelischen Politik in den besetzten Gebieten ab. So würde das Festhalten Israels an seiner Politik der eisernen Hand, der Drangsalierung der palästinensischen Bevölkerung und der Schaffung vollendeter Tatsachen automatisch eine weitere Stärkung der undemokratisch denkenden Gruppierungen bewirken. Rechtsstaatlich agierende und pluralistisch denkende Parteien hätten in einem solchen Klima dagegen kaum eine Chance. Für viele im Elend lebende Menschen in Palästina würde die Priorität verständlicherweise nicht Demokratie und Rechtsstaatlichkeit heißen, sondern weiterhin überleben bzw. über die Runden kommen. Das bedeutet, dass – solange der Zustand von Verarmung und Perspektivlosigkeit anhält – Begriffe wie „Demokratie“ und „Pluralität“ von der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur als zu abstrakt angesehen würden, sondern auch als prowestlich und somit auch gegen die Interessen der Palästinenser gerichtet.

Literaturhinweise

- Appleby, R. Scott: *The Ambivalence of the Sacred. Religion, Violence, and Reconciliation*. Lanham u.a. 2000.
- Chiozza, Giacomo: *Is There a Clash of Civilizations? Evidence from Patterns of International Conflict Involvement, 1946-1997*. In: *Journal of Peace Research*, 6/2002, S. 711-734.
- Elwert, Georg: *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt*. In: Trotha, Trutz von (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt. KZfSS Sonderheft, 37/1995*, Opladen, S. 86-101.
- Fearon, James D./Laitin, David D.: *Ethnicity, Insurgency, and Civil War*. In: *American Political Science Review*, 1/2003, S. 75-90.
- Huntington, Samuel P.: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München/Wien 1996.
- Krech, Volkhard: *Opfer und Heiliger Krieg: Gewalt aus religionswissenschaftlicher Sicht*. In: Heitmayer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Opladen 2002, S. 1254-1275.

- Scheffler, Thomas: Introduction. Religion between Violence and Reconciliation. In: ders. (Hrsg.): Religion between Violence and Reconciliation. Beirut Texts and Studies, 76/2002, Würzburg, S. 13.
- Streib, Heinz: Fundamentalism as a Challenge for Religious Education. In: Religious Education, 2/2001, S. 227-244.